

Doppelmoral à la SVP



Gegründet wurde das Egerkingener Komitee vor gut 15 Jahren mit dem Ziel, «Widerstand gegen den politischen Islam in der Schweiz» zu leisten. Wenige Jahre später, im Jahr 2009, bekam es dann das erste Mal nationale Aufmerksamkeit rund um die Minarettdebatte. Der Vorstand des Egerkingener Komitees besteht aus sechs weissen Männern, alle Mitglied der SVP oder der ultrakonservativen EDU. Heute, knapp elf Jahre nach der erfolgreichen Minarettinitiative, wollen nun genau diese sechs weissen Männer all jenen Musliminnen, die teils gezwungen werden, ihr Gesicht mit einem Niqab zu verhüllen, zur Seite stehen. Dass es den Männern aus Egerkingen wohl aber überhaupt nicht um die Geschlechtergleichheit geht, lässt sich mit einem kurzen Blick in die Geschichte der sogenannten Volkspartei zeigen. Seit jeher stimmte diese bei frauenrechtlichen Themen dagegen: Bei der ersten Frauenstimmrechtsabstimmung 1959, 1988 bei der Revision des Eherechts und 2003, als es darum ging, dass eine Vergewaltigung in der Ehe als Officialdelikt gehandelt wird. Dieser Aufzählung könnte man noch viele weitere Punkte hinzufügen, dies würde aber den Rahmen dieser Kolumne bei Weitem sprengen. Es ist also nichts als Heuchelei, wenn vom Ja-Komitee behauptet wird, dass es die unterdrückten muslimischen Frauen «befreien» wolle.

Ebenfalls ist es relativ offensichtlich, dass es sich bei dieser populistischen Initiative nur um reine Symbolpolitik handelt, denn in der Schweiz leben lediglich 20 bis 30 Frauen, die ihr Gesicht aufgrund ihrer Religion verhüllen. Geschieht dies aus Zwang, ist dies Nötigung und somit natürlich auch strafbar. Ein Ja würde wohl den betroffenen Frauen nicht helfen, sondern ihnen wahrscheinlich noch mehr schaden. Denn die Gefahr, dass diese noch isolierter sein könnten, ist vorhanden.

Ebenso problematisch ist es, dass eine Initiative, die hauptsächlich von Männern lanciert wurde, Frauen vorschreiben will, wie sie sich zu kleiden haben. Kleidervorschriften haben, insbesondere wenn sie nur eine Gruppe von Menschen betreffen, in einer Bundesverfassung absolut gar nichts verloren!

Diese Initiative sät noch mehr Hass und Rassismus gegen die in der Schweiz lebenden MuslimInnen. Sie fördert Vorurteile und verstärkt die Intoleranz gegenüber anderen Kulturen, Religionen und vielfältigen Gesellschaften.

Alle religiösen Zwänge sollten, ja müssen unbedingt hinterfragt und kritisiert werden. Eine Niqab oder Burka kann, muss aber nicht (!) ein Zeichen der Unterdrückung sein. Mit einer solchen Initiative wird weder der radikale Islam gestoppt, noch werden feministische Anliegen gefördert! Sie bringt nichts und gibt rechten PolitikerInnen nur eine Plattform, auf der sie ungehindert xenophobe und sexistische Ansichten verbreiten können.

Jakob Hediger,
Geschäftsleitung Junge
Grüne Zürich